

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**31. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.05.2017	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:43 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg- SPD	Vertretung für: Herrn Andreas Sanke- witz	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Henning Stabe- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nil Gersdorf- CDU		
Kathrin Hering- SPD		
Jean Paul Köpsell- SPD	ab 16.07 Uhr	
Bernd Mewes- BfL		
Natalie Regier- BfL		
Joachim Schlitzke- FDP		
Jens Uwe Schulz- grün+alternativ+links (GAL)	Vertretung für: Herrn 2. stv. Stadtprä- sident Rolf Klinkel	
Ulrike Siebdrat- SPD		
Sieglinde Thors- CDU	Vertretung für: Herrn Thomas Thalau	
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Oliver Bahr-		
Monika Borso-		
Dr. Michael Hamschmidt-		
Manuel Hertz- FBC FB 2		
Ulrich Kewitz-		
Norma Meyer-		

Sigrid Roggensack- 2.502 - SIE	
Elke Sasse-	
Heiko Schmöcke-	
Claudia Schwartz-	
Matthias Wulf-	
Gäste	
Götz Gebert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Peter Jugert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)	nur ÖT
Helmut Müller-Lornsen- stellvertr. Beauftragter für Menschen mit Behinderung	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Sylvia Topel- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Andreas Sankewitz- SPD	fehlt entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)	fehlt entschuldigt
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.04.2017
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
7.	Beschlussvorlagen
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.1.	Schaffung von Beschäftigungsangeboten für ausländische Flüchtlinge Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017 Vorlage: VO/2017/04835
8.1.1.	Antrag des AM Rolf Klinkel zu TOP 8.1: »Schaffung von Beschäftigungsangeboten für ausländische Flüchtlinge • Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017« [VO/2017/04835] Vorlage: VO/2017/04896
8.2.	WLAN in Lübecks Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete - Antrag der GAL-Fraktion Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 30.03.2017 Vorlage: VO/2017/04836
8.2.1.	WLAN in Lübecks Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete - Antrag der Fraktion Freie Wähler & DIE LINKE Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 30.03.2017 Vorlage: VO/2017/04837
8.2.2.	AV Sankewitz: WLAN-Zugang für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften Vorlage: VO/2017/04893
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 02.05.2017 Vorlage: VO/2017/04858

9.2.	Aktueller Sachstand BAföG und Ausblick
9.3.	Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung
9.4.	Leben und Wohnen im Alter
9.5.	Lübecker Modell Bewegungswelten
10.	Anfragen
10.1.	Finanzielle Mittel zur Integration -Anfrage AM Heidi Menorca- Vorlage: VO/2017/04824
10.2.	Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen im Brüder- Grimm-Ring -Anfrage AM Michelle Akyurt-
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	--

Der (stellv.) Vorsitzende eröffnet die 31. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Frau Mentz (Mitglied der Bürgerschaft), Herrn Müller-Lornsen (stellv. Beauftragter für Menschen mit Behinderung), Herrn Gebert und Herrn Jugert vom Seniorenbeirat, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Herr Rettberg lässt sich entschuldigen.

Herr Sankewitz wird durch Herrn Schaffenberg vertreten; Frau Hering übernimmt wiederum die Vertretung für Herrn Schaffenberg.

Herr Klinkel wird durch Herrn Schulz vertreten.

Frau Thors vertritt Herrn Thalau.

Frau Zunft fehlt ohne Vertretung.

Herr Köpsell erscheint um 16.07 Uhr.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Schulz gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Zum TOP 8.1 („Schaffung von Beschäftigungsangeboten für ausländische Flüchtlinge“ - Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017) liegt ein Änderungsantrag von Herrn Klinkel vor, der dem TOP 8.1.1 zugeordnet wird.

Der Ausschuss ist mit einer gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 8.1, 8.1.1 und 10.1 (Anfrage Frau Menorca bzgl. „Finanzieller Mittel zur Integration“, vertagt in der Sitzung am 04.04.2017) einverstanden.

Zu den beiden Überweisungsaufträgen TOP 8.2 und 8.2.1 liegt ein Antrag von Herrn Sankewitz vor, der vor Sitzungsbeginn umverteilt wurde und dem TOP 8.2.2 zugeordnet wird.

Unter dem TOP 9 – Mitteilungen aus dem Fachbereich 2 – werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

- 9.3 Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung (Fragestellung v. Frau Zunft aus der letzten Sitzung, TOP 12)
- 9.4 Leben und Wohnen im Alter
- 9.5 Lübecker Modell Bewegungswelten

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.04.2017

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5 Mitteilung des Vorsitzenden
--

keine

zu 6 Berichte

Es liegt nichts vor.

zu 7 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 8.1 Schaffung von Beschäftigungsangeboten für ausländische Flüchtlinge Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017 Vorlage: VO/2017/04835
--

Der Antrag der BfL-Fraktion wurde zur abschließenden Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung mit TOP 8.1.1 und TOP 10.1.

Antrag der BfL-Fraktion TOP 8.1:

Der Bürgermeister wird beauftragt, Beschäftigungsangebote für ausländische Flüchtlinge im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes zu schaffen. Zur Umsetzung des zu erstellenden Konzeptes sollen Vereinbarungen mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden geschlossen werden.

Änderungsantrag AM Klinkel TOP 8.1.1:

Die Sozialverwaltung wird gebeten, dem Sozialausschuss in der Junisitzung ein Konzept für die Beschäftigung von Flüchtlingen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes vorzulegen. Darin ist zu gewährleisten, dass Flüchtlinge für jede geleistete Arbeitsstunde eine Mehraufwandsentschädigung in Höhe von 1,05 Euro gezahlt wird und die Arbeitsaufnahme freiwillig erfolgt.

Anfrage AM Heidi Menorca TOP 10.1:

Der Bürgermeister wird gebeten, dem Sozialausschuss darzustellen

- 1. in welcher Höhe die Hansestadt Lübeck über das Land Schleswig-Holstein weitergeleitete finanzielle Mittel auf Grund des Integrationsgesetzes vom Bund erhalten hat,*
- 2. wie diese Mittel verwendet wurden,*
- 3. welche Anzahl an Flüchtlingen damit gefördert wurden,*
- 4. und welche Planung für die in diesem „Topf“ noch vorhandenen Finanzreste bestehen.*

Frau Gersdorf fragt Frau Regier nach der Bedeutung des im Antrag der BfL-Fraktion gewählten Begriffs der „ausländischen“ Flüchtlinge. Frau Regier bittet, das Wort zu streichen.

Herr Bahr berichtet anhand der als Anlage 1 beigefügten PowerPoint-Präsentation über die Änderungen des Integrationsgesetzes, insbesondere über die Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen und die Integrationskurse nach § 5 a+b des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Anschließend beantwortet Herr Bahr Fragen von Frau Mentz (im Zusammenhang mit den Fahrtkosten, die von der Stadt nicht erstattet werden) sowie von Frau Regier und Frau Akyurt (zur Problematik der Besetzung der Beschäftigungsmöglichkeiten).

Frau Menorca bittet Herrn Tag, in der nächsten Ausschusssitzung über die Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen des Jobcenters zu berichten.

Herr Tag sagt dies zu, nimmt kurz Stellung zu der o.a. Besetzungsproblematik und der daraus resultierenden Verschiebung der Bundesmittel hin zum SGB II („bundesweites Problem“) und stellt fest, dass in Lübeck ein umfangreiches Angebot an Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge vorhanden ist.

Frau Regier zieht den Antrag zu TOP 8.1 zurück.

Herr Schulz zieht den Antrag zu TOP 8.1.1 zurück.

Frau Menorca erklärt, dass sich ihre Anfrage zu TOP 10.1 erledigt hat.

**zu 8.1.1 Antrag des AM Rolf Klinkel zu TOP 8.1: »Schaffung von Beschäftigungsangeboten für ausländische Flüchtlinge • Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017« [VO/2017/04835]
Vorlage: VO/2017/04896**

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung mit TOP 8.1 und TOP 10.1.

**zu 8.2 WLAN in Lübecks Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete - Antrag der GAL-Fraktion
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 30.03.2017
Vorlage: VO/2017/04836**

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung der TOP 8.2, 8.2.1 und 8.2.2.
Die Anträge zu TOP 8.2 und TOP 8.2.1 wurden zur abschließenden Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Antrag TOP 8.2 – Antrag der GAL-Fraktion:

1. *Es wird in allen Lübecker Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete WLANZugang eingerichtet.*
2. *Hierbei wird eine Kooperation mit dem Landes WLAN „DerEchteNorden“ angestrebt.*
3. *Die Verwaltung wird gebeten, Kontakt zu dem Projekt internetfor.me / Volker Dettmer (www.internetfor.me) aufzunehmen.*
4. *Damit dies auch in Lübeck schnell umgesetzt werden kann, werden die für Lübecks Gemeinschaftsunterkünfte benötigte Hardware (Router) und Installationskosten aus dem Integrationsfonds der Hansestadt Lübeck gezahlt.
Lt. Bericht der Hansestadt Lübeck, Nr. VO/2016/04050, sind für 50 Gemeinschaftsunterkünfte (ohne gewerbliche Einrichtungen und Notunterkünfte) Anschaffungskosten von rund 37.500 € erforderlich.*
5. *Die laufenden Kosten für die jeweiligen Verträge werden anteilig durch die Nutzerinnen und Nutzer mit einem geringfügigen monatlichen Betrag (ohne bestimmte Laufzeit) bezahlt.*
6. *Das vertragliche Risiko, die Haftung und den Aufwand der Abrechnung und Verwaltung übernimmt (nach eigenen Angaben) das Projekt internetfor.me. Dort, wo das Landes-WLAN „DerEchteNorden“ genutzt werden kann, liegt die Haftung beim Land.*
7. *Der Bürgermeister wird gebeten, ein Arbeits- und Planungstreffen der kooperierenden Personen zu initiieren (Soziale Sicherung, IT in Lübeck, internetfor.me/Volker Dettmer, Innenministerium, ggf. weitere).*

Antrag TOP 8.2.1 – Antrag der Fraktion Freie Wähler & DIE LINKE:

1. *Der Bürgermeister hat dafür Sorge zu tragen, dass es Bewohnerinnen und Bewohnern von Lübecker Gemeinschaftsunterkünften gestattet wird, auf eigene Kosten und mit eigenem Vertragsverhältnis Internetnutzungsverträge für die Telefondose in ihrer Unterkunft*

abzuschließen.

2. Gemeinnützige Organisationen dürfen sie dabei unterstützen und/oder sich als Vertragspartner betätigen.

Antrag TOP 8.2.2 – Antrag AM Andreas Sankewitz:

Der Bürgermeister möge kurzfristig in Gemeinschaftsunterkünften die Einrichtung von WLAN- Zugängen ermöglichen.

Folgende Eckpunkte sind dabei zu berücksichtigen:

Es sind im ersten Schritt die Gemeinschaftsunterkünfte auszurüsten, die ausdrücklich für Geflüchtete errichtet wurden. Beispielhaft sind hier folgende Unterkünfte zu nennen:

Travemünde, Ostseestraße

Kücknitz, Festwiesenweg

Hochschulstadtteil, Bornkamp

St. Gertrud, Schlutuper Straße

Zu berücksichtigen ist bei der Ausrüstung auch die jeweils geplante Nutzungsdauer der Unterkunft.

Die Kosten für die Bereitstellung und die Betriebskosten werden vom Haushalt der Hansestadt

Lübeck getragen.

Die Bewohner sind angemessen anteilmäßig an den Betriebskosten zu beteiligen. (3-5 €)

Frau Mentz erklärt, dass sie den o.a. Antrag zu TOP 8.2 zugunsten des Antrags von Herrn Sankewitz (TOP 8.2.2) zurückzieht und sich diesem anschließt.

Frau Akyurt befürwortet den Antrag zu TOP 8.2.2 ebenfalls, allerdings mit Ausnahme der Kostenbeteiligung der Bewohner.

Herr Senator Schindler verweist in diesem Zusammenhang auf den einem Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehenden prozentualen Anteil für Kommunikation.

Herr Petereit begründet den Antrag zu TOP 8.2.2 noch einmal ausführlich und weist darauf hin, dass die Stadt Bad Schwartau bereits entsprechend verfährt.

Es folgt eine kontroverse Diskussion zu der Frage der Schaffung eines WLAN-Zugangs sowie zu der o.a. Kostenbeteiligung der Bewohner.

Es sprechen Frau Regier (freiwillige Leistung der Stadt, wo soll im Gegenzug eingespart werden?), Frau Menorca (entsprechende Kosten fallen auch in eigener Wohnung an; die soziale Balance ist im Übrigen nicht gegeben), Herr Schlitzke (Frage zur Abrechnung), Frau Akyurt, Herr Petereit, Herr Schultz, Frau Mentz, Frau Schwartz und Herr Senator Schindler.

Im Ergebnis wird der Antrag von Herrn Sankewitz zu TOP 8.2.2 vertagt (einstimmige Annahme des Vertagungsantrags von Frau Akyurt).

Die Verwaltung wird zunächst prüfen, wie die o.a. Kostenbeteiligung praktisch umzusetzen wäre, und dem Ausschuss sodann entsprechend berichten. In diesem Zusammenhang wird auch die o.a. Fragestellung von Frau Regier aufgegriffen.

Der Antrag von Frau Akyurt, auch den Antrag der Fraktion Freie Wähler & DIE LINKE zu TOP 8.2.1 zu vertagen, wird mit 1 Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt mit 1 Enthaltung und 13 Nein-Stimmen, den Antrag zu TOP 8.2.1 abzulehnen.

**zu 8.2.1 WLAN in Lübecks Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete - Antrag der Fraktion Freie Wähler & DIE LINKE
Überweisungsauftrag aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 30.03.2017
Vorlage: VO/2017/04837**

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung mit TOP 8.2 und TOP 8.2.2.

**zu 8.2.2 AV Sankewitz: WLAN-Zugang für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften
Vorlage: VO/2017/04893**

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung mit TOP 8.2 und TOP 8.2.1.

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

**zu 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 02.05.2017
Vorlage: VO/2017/04858**

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Aktueller Sachstand BAföG und Ausblick

Frau Schwartz führt aus, dass derzeit ca. 80 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet werden konnten. Dies ist vor allem bedingt durch die Osterferien, von vielen Antragstellern wurde aus diesem Grund Fristverlängerung beantragt. In den vergangenen 5 Wochen wurde in über 80 Fällen die zeitnahe Zahlbarmachung der Nachzahlungsbeträge über die Stadtkasse veranlasst.

Um für die Zukunft eine bessere Abarbeitung zu gewährleisten, wurden diverse Maßnahmen ergriffen (u.a. Optimierung von Arbeitsabläufen, Anpassung der Servicezeiten, Schulungen für neue MitarbeiterInnen, ständiger Austausch mit der Fachaufsicht). Insbesondere soll die mögliche Online-Beantragung, von der derzeit nicht Gebrauch gemacht wird, beworben werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung

Herr Senator Schindler nimmt Bezug auf die Fragestellung von Frau Zunft in der Sitzung des Ausschusses am 04.04.2017 (TOP 12).

Es gibt diverse Träger (ca. 12-13), die Deutschkurse anbieten, die aber keine Kinderbetreuung leisten können; die Träger halten dies für eine kommunale Aufgabe.

Für die VHS wird aktuell geprüft, ob eine Kinderbetreuung neben den Kursen angeboten werden kann.

Insgesamt ist nach Auskunft des Fachbereiches 4 ein Ausbau der KiTa-Landschaft geplant.

In der Gemeinschaftsunterkunft Ostseestraße soll es eine separate KiTa geben, sobald der Bedarf gegeben ist (aktuell sind noch zu wenige KiTa-Kinder an diesem Standort); hier wird dann die integrationskursbegleitende Kinderbetreuung sichergestellt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.4 Leben und Wohnen im Alter

Herr Senator Schindler verweist auf die vor Sitzungsbeginn umverteilte Kurzinformatik zum Thema, die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist, sowie auf den Flyer „Wohnen im Alter“.

Der Vorsitzende spricht Frau Trilke und Herrn Wulf ein Lob für die von ihnen geleistete Arbeit aus.

Dem Ausschuss wird laufend zum Thema berichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.5 Lübecker Modell Bewegungswelten

Herr Schmölcke berichtet zum Thema anhand der als Anlage 3 beigefügten Unterlagen mittels einer PowerPoint-Präsentation und weist auf den „Lübecker Bewegungstag“ am 17.06.2017 in der Zeit von 11.00 – 16.00 Uhr in der SIE Solmitzstraße hin (auch hierzu wurde ein Flyer umverteilt).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen

**zu 10.1 Finanzielle Mittel zur Integration
-Anfrage AM Heidi Menorca-
Vorlage: VO/2017/04824**

Es erfolgte eine gemeinsame Beratung mit TOP 8.1 und TOP 8.1.1.

**zu 10.2 Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen im Brüder-
Grimm-Ring
-Anfrage AM Michelle Akyurt-**

Aufgrund der Berichterstattung in den LN bittet Frau Akyurt um Mitteilung des Sachstandes in o.a. Angelegenheit.

Frau Schwartz und Frau Borso teilen daraufhin mit, dass im Bereich Soziale Sicherung 6 Bedarfsgemeinschaften betroffen sind, im Jobcenter sind es 9 Bedarfsgemeinschaften. Der Vermieter (Vonovia) hatte die Miete aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen um bis zu 37 % erhöht.

Jeder Einzelfall werde gesondert geprüft. Eine Aufforderung, sich um günstigeren Wohnraum zu bemühen, erfolge nur, soweit ein Umzug im Einzelfall zumutbar und wirtschaftlich wäre. Wenn erforderlich, werde die Erwachsenenhilfe eingeschaltet.

Frau Akyurt kritisiert die in den Ausschusssitzungen oft getroffene Aussage, es sei „*ausreichend* preisgünstiger Wohnraum“ vorhanden.

Herr Senator Schindler und Herr Wulf verweisen insofern auf die aus ihrer Sicht unzutreffende Wortwahl im Wohnungsmarktbericht 2016 des FB5.

Frau Akyurt wünscht sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen Informationen darüber, wie sich die Mietobergrenzen genau zusammensetzen („Schlüssiges Konzept“).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 12 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet statt am Dienstag, den 06.06.2017, um 16.00 Uhr im VZM Mühlentor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 7. Juni 2017

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung